

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 13

Artikel: Pragmatismus wäre gefragt
Autor: Vavra, Jan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093141>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

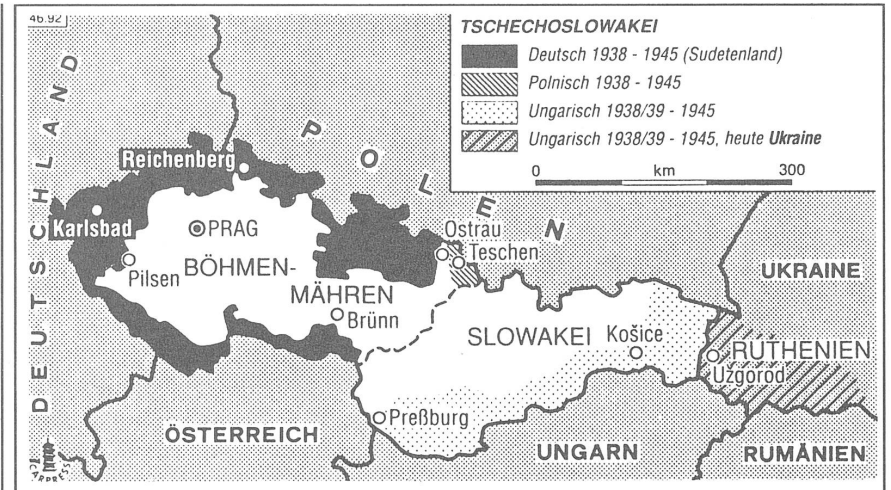
Pragmatismus wäre gefragt

Die nach den Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei deutlich gewordene Polarisierung der Gesellschaft nicht nur im nationalen, sondern auch im politischen Sinn zeigt sich im Sieg einerseits des marktwirtschaftlich orientierten Finanzministers Václav Klaus in der Tschechei und andererseits des sozialistisch orientierten Kämpfers für nationale Selbständigkeit, Vladimír Mečiar, in der Slowakei. Was bedeutet das für die Zukunft der ČSFR? Diese Frage hat unser Korrespondent aus Prag, Jan Vavra, analysiert.

Die föderale Koalitionsregierung hat in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe wirtschaftlicher Reformen durchgeführt, die zum Ziel hatten, die Marktwirtschaft einzuführen. Dagegen ist es ihr nicht gelungen, das Problem der staatsrechtlichen Ordnung zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik zu lösen.

Sozialistischer Nationalismus ...

Die Slowaken forderten ein viel grösseres Mass an Selbständigkeit, und nicht selten wurde der Ruf nach einem unabhängigen Staat Slowakei laut. Trotzdem kam es in den letzten beiden Jahren nie zu einem offenen Zerwürfnis; denn die slowakische



Regierung war sich durchaus bewusst, dass sie ohne Finanzhilfe aus dem föderalen Budget nicht auskommen konnte. Die slowakische Wirtschaft ist weit weniger leistungsfähig, und sie wäre allein auf sich gestellt nicht in der Lage, das gegenwärtige Lebensniveau zu halten.

Dieses Argument vermochte allerdings jetzt die Mehrheit der slowakischen Bevölkerung nicht zu überzeugen. Neben der «Bewegung für eine Demokratische Slowakei» (HZDS) Vladimír Mečiar's hat denn auch die separatistische «Slowakische Nationale Partei» die Gunst der Bevölkerung gewonnen. Und nur um ein wenig positiver ist die Einstellung der «Partei der Demokratischen Linken», der ehemaligen kommunistischen Partei, zu einem gemeinsamen Staat mit den Tschechen. Und noch eines haben alle gemeinsam: Sie möchten die staatliche Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft stark ausbauen.

... kontra Liberalismus

Die Bürger der tschechischen Republik dagegen haben sich eher im klassischen politischen Sinne rechts-links orientiert, was sich konkret vor allem in ihrer Einstellung zum Privateigentum äussert. So haben in Böhmen die konservativen Parteien mit ihren radikalen Reformprogrammen die Mehrheit erlangt. Zu einer nationalisti-

schen kommt also noch eine politische Polarisierung der beiden Teilrepubliken hinzu.

Die «Bürgerlich Demokratische Partei» (ODS) des liberalen Ökonomen und «Vaters» der Coupon-Privatisierung, Václav Klaus, und die HZDS des ehemaligen Amateurboxers Vladimír Mečiar haben dank ihres überzeugenden Sieges in ihren Republiken eine relativ starke Position, was eine bessere Ausgangslage für die gemeinsamen Verhandlungen über die Bildung der Regierung, bei der Wahl des Präsidenten und der staatsrechtlichen Ordnung bedeuten könnte. Aber sie halten sich auch gegenseitig in Schach.

Politisches Patt

Alles wird deshalb von Klaus und Mečiar abhängen, wobei mit langwierigen und zähen Verhandlungen zu rechnen ist, deren Ergebnis vorläufig noch viele Unbekannte hat. Mečiar will mit der tschechischen Republik eine «Gemeinschaft» in den Bereichen Wirtschaft und Verteidigung eingehen, wobei aber die Slowakei ein unabhängiger Staat sein soll. Den Weg zu diesem sonderbaren Gebilde will er sich mit der Drohung erzwingen, die Zusammenlegung der föderalen Regierung und die Wahl des Präsidenten zu blockieren. Nach der noch immer gültigen tschechoslowakischen Ver-

In dieser Nummer

Die Linken und die Rechten, oder?	4
Christian Brügger zur politischen Semantik	
Forum Medien kritisch	6
Gewalt als Folge des Medien-Negativismus	
Der Brückenschlag	8
G2W: Die «Wende» ist nur der Anfang	
Bei uns zu Gast	10
Konstantin Gamsachurdia	
Zorn, Mitleid und Geopolitik	12
Denis Dragunskij zum Kaukasus	
Ohne Minderheitenrechte geht's nicht	14
Von Dr. Otto von Schott, Bonn	

fassung kann allerdings eine Teilung des Landes erst aufgrund entsprechender Referenden in beiden Republiken erfolgen.

Zweifellos bevorzugt Václav Klaus als Ökonom eine Weiterführung der eingeleiteten Wirtschaftsreformen, insbesondere den Prozess der Privatisierung. Andererseits wird in den Reihen der HZDS die Kritik immer lauter, dass sich diese Reformen in der Slowakei härter auswirken, da dort die Ökonomie weniger leistungsfähig ist und zudem die Slowakei vom Problem der Umwandlung der Rüstungsindustrie, die dort konzentriert war, in die zivile Produktion betroffen ist.

Václav Klaus ist also in einer wenig bewerteten Lage. Er könnte der Versuchung erliegen, Mečiar in der Frage der Wirtschaftsreformen entgegenzukommen, damit dieser die Kandidatur Václav Havels unterstützt. So oder anders wird Klaus leicht falsches Vorgehen vorgeworfen werden können. Im einen Fall wird er die Verantwortung für den Zerfall des Staates tragen müssen, im anderen Fall trifft Klaus die Kritik dafür, dass er mit Zugeständnissen Chaos, einen schlecht funktionierenden Staat oder das Verzögern der Wirtschaftsreformen zugelassen habe.

Slowakische Unvernunft

Der Wunsch des slowakischen Volkes, sich in seiner es umgebenden Welt «sichtbar» zu machen, ist eines der wesentlichen Motive seiner Sehnsucht nach Selbständigkeit und hängt selbstverständlich eng zusammen mit den Bemühungen einer Reihe kleinerer Völker des ehemaligen Sowjetblocks um ein eigenes Staatsgebilde. Wie auch anderswo dominieren Irrationalität und Leidenschaft über den Ruf nach einer rationalen Lösung.

Die Erfahrungen der gegenwärtigen Entwicklung, nicht nur in der Tschechoslowakei, zeigen, dass nationale Leidenschaften nicht für Worte des Verstandes und für ökonomische Kennziffern zugänglich sind. Ebenso sinnlos sind Appelle an das Verantwortungsgefühl für die Stabilität im europäischen Raum. Die Slowakei, die immer Teil des oberen Ungarn war und dank der Initiative Professor Masaryks im Jahre

1918 einen gemeinsamen Staat mit den Tschechen bildete, wird deshalb wohl selber die Freuden und Leiden einer selbständigen Existenz erfahren müssen.

Weitere Konflikte programmiert

Zweifellos wird in einem solchen Staat — aufgebaut auf nationalem statt bürgerlichem Prinzip und zudem mit wenig demokratischen Traditionen ausgestattet — mindestens vorerst ein autoritäres Regime mit einer starken Führerpersönlichkeit regieren müssen. Davon aber würden auch die nationalen Minderheiten betroffen. In erster Linie geht es dabei um die starke ungarische Minderheit, die im Süden der Slowakei lebt und zur Quelle künftiger Konfliktherde werden könnte.

Den Befürworter einer bürgerlichen und demokratischen Gesellschaft erwarten in jedem Fall schwierige Zeiten, in denen sich westeuropäische Werte wie Liberalismus und die Werte einer auf Individualität gegründeten Gesellschaft nur schwer werden durchsetzen können. Sollten sich die Führer der Siegerparteien aus Böhmen und der Slowakei nicht einigen können, und sollten sich die Bedenken über ein Zusammenleben nicht nur zweier Völker, sondern auch zweier unterschiedlicher Gesellschaften, ja sogar Zivilisationen, bestätigen, bleibt der CSFR und damit auch dem gesamten mitteleuropäischen Raum nur eine Chance: ein schmerzloser, unblutiger und kultivierter Abschied zweier Völker voneinander.

Die Grenzen des demokratischen Europas würden sich dann nach Westen verschieben, und Ungarn würde sich in einer unangenehmen «Belagerung» befinden. Andererseits würde die neue Lage vermutlich eine grössere Stabilität für Mittel- und Osteuropa bedeuten als die andauernden und nicht enden wollenden derzeitigen Streitigkeiten. ■

Wer unter uns hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass die Sowjetunion in 15, Jugoslawien in sechs Republiken auseinanderfallen würde? Und doch ist genau dies binnen nur weniger Monate geschehen. Heute lassen wir uns nicht mehr so schnell überraschen, wenn es um politische oder gar geographische Veränderungen in Osteuropa und Eurasien geht. Dass sich nun auch die Tschechoslowakei in zwei Republiken teilen dürfte, erregt jedenfalls unsere Gemüter nicht mehr sonderlich.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, und auch darüber wären wir nicht erstaunt, sieht die Karte von Mittel- und Osteuropa bis hin nach Zentralasien in wenigen Jahren sehr anders aus als heute: zahllose Nationalstaaten, die auf ihrer Eigenständigkeit beharren.

Das ist auch verständlich angesichts der Tatsache, dass die Menschen im einstigen Sowjetblock jener Werte beraubt wurden, die ihr Leben in den letzten Jahrzehnten bestimmt hatten. In dieser Lage der Orientierungslosigkeit ist es nur natürlich, dass man sich auf das besinnt, was einem vertraut ist: die gemeinsame Herkunft, die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Nationalität.

Nur, das Wesen des «Homo sovieticus» lässt sich damit wohl kaum so ohne weiteres abstreifen. Jahrzehnte mussten diese Menschen in der Lüge leben, vielleicht ohne es zu merken — die Dissidenten ausgenommen. Die Menschen haben gelernt, in einem Staat zu überleben, wo alles, vom Kindergarten über die Schulzeit bis zum Berufsleben und zur Freizeitgestaltung, einer von oben diktierten Ideologie untergeordnet war.

Hier könnte noch einiges an Überraschungen auf uns zukommen. Jedenfalls dann, wenn wir glauben, die Vermittlung von technischem Know-how und marktwirtschaftlichem Denken genüge als Aufbauhilfe. Das Aufzeigen ideeller Alternativen zur bisherigen totalitären Ideologie wäre ebenso nötig wie die Information über totalitäre Strömungen anderer Art. Gedacht sei hier unter anderem auch an Sekten, die nichts mit Religion zu tun haben, dafür um so mehr mit Machtstreben: Moon oder Scientology zum Beispiel. *Monika Scherrer*